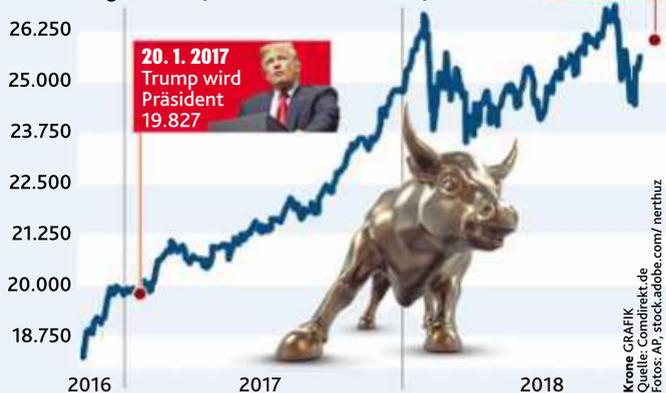


Gute Stimmung an der Wall Street

Entwicklung des Dow-Jones in den letzten zwei Jahren



Viele Wirtschaftsexperten waren über die Wahl von Trump 2016 zum US-Präsidenten besorgt. Doch wie die Entwicklung des wichtigen US-Börseindex Dow-Jones seit der Amtseinführung zeigt, zu Unrecht. „Trotz“ Trump ging es mit den Aktienkursen der dort notierten Unternehmen im Schnitt um rund 30 Prozent hinauf. Positiv aufgenommen wurden an der Wall Street auch die jüngsten US-(Midterm)-Wahlen. So setzte sich der Aufschwung nach den heftigen Kursrückgängen vom Oktober auch gestern weiter fort (siehe Grafik).

➤ Mit seinen Steuersenkungen half er

US-Wirtschaft

„Er ist zwar ein Ekel, aber die Wirtschaft läuft, und es geht uns daher gut“, hört man in diesen Tagen immer wieder in den USA. Die Konsumenten kaufen und feuern so die Konjunktur an, die auch im dritten Quartal dieses Jahres besser lief, als erwartet. Doch manche Experten sehen schon düstere Wolken am Horizont.

Eine der ersten Amtshandlungen von Trump war eine Steuerreform, von der vor allem Großkonzerne bis heute profitieren. Sie müssen deutlich weniger an den Staat abliefern, können so mehr investieren. An den Börsen sorgte das für neue Höhenflüge (siehe Grafik li.), was „Mister President“ in seinen Wahlkampfreden auch oft genug betonte.

Doch finanziert wurde das ganze auf Pump. Die fehlen-

den Einnahmen sorgen jetzt und vor allem in den Folgejahren für einen weiteren Anstieg der ohnedies bereits astronomisch hohen Staatsverschuldung, die bei 108 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt. Wären die USA ein EU-Staat, hätte die Kommission längst ein Defizitverfahren eingeleitet.

Und das Loch im Budget erreichte zuletzt mit 779 Milliarden Dollar den höchsten Wert seit der

Rückkehr zur Normalität

Die Wahlen in den USA sind geschlagen. Präsident Trumps Republikaner haben ihre Mehrheit im Senat leicht ausgebaut. Die Demokraten wurden im Repräsentantenhaus zur Mehrheitspartei. Warum nur, warum?

1 Für die Amerikaner ist das Wahlergebnis die Rückkehr zur Normalität. Donald Trump und seine Partei hatten zuvor sowohl das Präsidentenamt als auch mehr Senatoren und Repräsentanten im Kongress. Das war eine Machtfülle, die im Prinzip der Verfassungsidee in den USA widerspricht.

Die Staatsorgane sollen sich lieber mit unterschiedlichen Mehrheiten gegenseitig kontrollieren. Genau das ist nun wieder möglich, weil eben das „Haus“ in demokratische Hand kommt. Trump kann politische Vorhaben nicht länger mit seiner Parteimehrheit durchpeitschen.

2 Dass Trump im Wahlkampf voll mitmischte, hat republikanischen

Kernschichten gefallen. Zugleich gingen dadurch Bezirke mit gemäßigter Wählerschaft im Repräsentantenhaus verloren. Das Wahlmotiv „Meine Stimme gegen Trump!“ war stärker ausgeprägt als der Anteil hartgesottener Trump-Fans.

Trotzdem ist das Ergebnis keine schallende Ohrfeige für Trump. Denn das beschriebene Ausgleichsdenken der amerikanischen Bürger, dass nicht „einer da oben“ zu viel Macht haben soll, war schon früher gegen fast jeden Präsidenten und seine Partei gerichtet.

3 Daher spricht man in den USA von einem „eisernen Gesetz“, dass die Präsidentschaftspartei in Zwischenwahlen Abgeordnete verliert. Das ist neuer-

lich geschehen und ist ganz und gar nichts Ungewöhnliches. Die Frage wäre höchstens, warum Trumps Partei ein paar Senatssitze dazugewinnen konnte.

Das ist leicht erklärt: Es wurde nur ein Drittel des Senats gewählt. Durch zeitlichen Zufall standen mehr demokratische Amtsinhaber zur Wahl. 42 ihrer knapp über 50 Sitze hatten die Republikaner vor dem Wahltag sicher, weil deren Wiederwahl erst in zwei oder vier Jahren ansteht.

4 Weil jedoch Präsident Trump in Österreich oft für einen gefährlichen Spinner gehalten wird, gab es ein Wunschdenken an einen Totalabsturz seiner Partei. Demokratische Außenseiter, die sich beachtlich schlugen, wurden



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier
analysiert

leichtfertig als Favoriten gesehen. Dass ein linksliberaler Punkrocker im erzkonservativen Texas Senator wird, ein junger Schwarzer Gouverneur des Südstaats Florida oder in Georgia die erste afroamerikanische Frau überhaupt Landeschefin, das war zu viel Optimismus der Trump-Gegner.

All diese Rennen waren freilich knapp. Deshalb, und weil es im Repräsentantenhaus und bei den Gouverneuren generell nun mehr Demokraten gibt, wird sich Präsident Trump weniger leisten können als bisher.